

Ausführungen von Herrn Ingo Nawrath,

Geschäftsführer der Firma basi Schöberl GmbH & Co. KG,

am 5. September 2013 vor der Presse in Berlin

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die kommende Bundesregierung muss sich so bald wie möglich auf eine EEG-Reform einigen. Lange können wir nicht mehr abwarten. Die Kostenspirale dreht sich permanent weiter. Bis eine Reform greift, liegt die EEG-Umlage wahrscheinlich bei über 7 Cent. Ich unterstütze daher voll und ganz die Forderung von Herrn von Eben-Worlée nach einem Aussetzen der Förderung für Neuanlagen. Das EEG in seiner heutigen Form hat ausgedient, das belegen die gewaltigen Kostenanstiege in jüngster Zeit.

Die Bundesregierung ist bislang nicht in der Lage gewesen, ein Projektmanagement für die Energiewende zu schaffen, das aus den Ergebnissen der Monitoring-Systeme echte Konsequenzen zieht und praktische Maßnahmen ergreift. Noch immer ist der Zubau von erneuerbaren Energien nicht mit dem Netzausbau koordiniert. Um Lastmanagement und Speicherkapazitäten ist es schlecht bestellt.

Derzeit arbeitet die Energiewende gegen Unternehmen wie basi, das für die Produktion technischer Gase auf eine Versorgung rund um die Uhr mit bezahlbarem Grundlast-Strom angewiesen ist. Es wird immer wieder unterschätzt, dass ständige Verfügbarkeit von Grundlaststrom heute ein wesentliches Plus unserer Infrastruktur in Deutschland ist. Hieraus darf kein Minus werden.

Eine zukünftige EEG-Reform muss die Belastung für alle Verbraucher eindämmen. Sie muss die erneuerbaren Energien in die Verantwortung nehmen und in den Markt integrieren. Wir benötigen einen technologieoffeneren Energiemix, der Erdgas und Kohle als Brückentechnologien mit einbezieht. Und das neue EEG muss EU-kompatibel sein. Deutschland darf nicht länger auf einen nationalen

Alleingang setzen. Die Energiewende und damit das EEG müssen sich in einen europäischen Binnenmarkt einfügen, nicht umgekehrt.

Wie auch immer der Energiemarkt der Zukunft aussieht, energieintensive Betriebe dürfen hierzulande nicht stärker belastet werden.

Bei meinem Unternehmen, der basi Gase und Technik, habe ich echte Vergleichswerte. Denn wir haben sowohl Standorte in Deutschland als auch in Frankreich. Der weitaus größere Teil unserer Produktion findet jenseits der Grenze statt. In Frankreich haben wir einen Strombedarf von **140 Millionen** Kilowattstunden im Jahr, in Deutschland sind es nur **800.000** Kilowattstunden. Das liegt auch daran, dass für uns Strom links des Rheins sehr viel günstiger ist als hierzulande.

Unser größter Kunde müsste, wenn das Produkt mit EEG belastet werden würde, mehrere Millionen Euro Mehrbelastungen tragen, die dieser wettbewerbsbedingt nicht tragen könnte. Über die Folgen muss ich mich an dieser Stelle nicht auslassen.

Es kann aus unserer Sicht keine Rede davon sein, dass Deutschland durch gesunkene Börsenpreise für energieintensive Unternehmen attraktiver geworden wäre. Die Schere zwischen dem deutschen und dem französischen Industriestrompreis bleibt fast unverändert groß.

Unser Geschäft in Deutschland und die Nähe zu den Kunden sind gleichwohl wichtig. Wir wollen die Produktion hier aufrecht halten beziehungsweise Kapazitätsausweitungen vornehmen. Das wird aber nur gehen, wenn die Entlastungen bestehen bleiben werden. Falls sich die nächste Bundesregierung entschließt, die Härtefallregelung beim EEG aufzulösen, würden alle Investitionsvorhaben auf Eis gelegt, da die zu erwartenden Mehrbelastungen durch die Stromkosten einen zweistelligen Millionenbetrag ausmachen würden. Auch bestehende Standorte in Deutschland sind in Frage zu stellen, da sich die dann steigenden Produktkosten nicht umlegen lassen.

Die energiepolitische Situation in Deutschland ist nun schon seit Jahren undurchsichtig, nicht nur durch das EEG. Insgesamt haben sich unsere Stromkosten hierzulande innerhalb von zehn Jahren um 270 Prozent erhöht, ausgelöst durch staatliche Umlagen und Steuern. Auch deshalb werden wir Investitionen in zweistelliger Millionenhöhe zurückstellen, die wir sonst gerne getätigt hätten.

Denn verantwortungsvoll investieren kann ich als Unternehmer doch nur, wenn ich einigermaßen Klarheit über wichtige äußere Faktoren habe. In meinem Fall ist

das besonders die Energiepolitik, die langfristige (10 Jahre und mehr) Belastungssituation und ein Vertrauen in die Bezahlbarkeit von Strom.

Zu investieren bedeutet, erhebliche Ressourcen an Personal und Mitteln über Jahre zu binden. Dafür muss ich mich darauf verlassen können, dass politische Zusagen belastbar sind. Zentrale Bestandteile der Energiepolitik wie die Entlastungen dürfen sich deshalb nicht unvorhersehbar und grundlegend ändern. Ein verantwortungsvolles Unternehmertum wäre so nicht mehr möglich.

Uns trifft daher das ständige Gerede über eine stärkere Belastung energieintensiver Betriebe ins Mark. Die Pläne der Politik und von bestimmten Stakeholdern, uns höhere Kosten beim EEG aufzubürden, sind für uns existenzbedrohend, und sie stellen unsere Produktion in Deutschland in Frage. Von uns wird „Solidarität mit der Energiewende“ verlangt. Soll diese Solidarität so weit gehen, dass ich morgen die Produktion herunterfahren oder schließen muss? Wie steht es um die Solidarität der Politik mit meinen Mitarbeitern, meinen Kunden, meinem Umfeld? Ist das weniger wichtig? Sympathie für die Energiewende und ihre Ziele ja, Selbstaufgabe? Nein.

Schon die ehemalige rot-grüne Bundesregierung hatte erkannt, dass energieintensive Betriebe im internationalen Wettbewerb ins Hintertreffen geraten würden, wenn man sie mit neuen Belastungen konfrontiert. Andere Staaten tragen im Gegenteil dafür Sorge, dass ihre Industrie möglichst niedrige Energiekosten erhält. Ich kann daher nur an alle Parteien und besonders an die kommende Bundesregierung appellieren, keinen populistischen Kurs in der Energiepolitik auf dem Rücken energieintensiver Betriebe und ihrer Mitarbeiter zu führen.

Stattdessen muss die Politik ans EEG ran. Eine weiter steigende Umlage wird die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie nachhaltig beeinträchtigen. Beim oft nicht entlasteten Mittelstand unterblieben Investitionen. Und auch für von der EEG-Umlage entlastete energieintensive Unternehmen würde sich Produktion hierzulande immer weniger rechnen. Die neue Bundesregierung muss Rahmenbedingungen setzen, unter denen energieintensive Produktion als Basis unserer Wertschöpfungsketten gedeihen kann und ein langfristig orientiertes Unternehmertum möglich ist. Bis der neue Pfad beim EEG eingeschlagen ist, müssen wir auf dem Holzweg Halt machen, auf dem wir uns momentan befinden.

Kontakt: VCI-Pressestelle Telefon: 069 2556-1496

E-Mail: presse@vci.de

Hinweis: Nachrichten des VCI auch auf Twitter: <http://twitter.com/chemieverband>